DIE ÄRA KOHL IM GESPRÄCH

Von der »Eurosklerose« zum Maastrichter Vertrag Einführung

Von Werner Link

Es dürfte einen breiten Konsens in der Öffentlichkeit und in der Geschichts- und Politikwissenschaft darüber geben, dass die Europapolitik in der Regierungszeit Helmut Kohls von zentraler politischer Bedeutung war – vor, während und nach der Wiedervereinigung Deutschlands. Dass sich die Reihe »Die Ära Kohl im Gespräch« dieser Thematik widmet, bedarf deshalb keiner weiteren Begründung. Kurz zu erläutern ist aber wohl, warum auch die europapolitische Gesprächsrunde, der üblichen Zweiteilung der Ära Kohl folgend, die Wiedervereinigung Deutschlands und den Maastrichter Vertrag als sinnvollen Einschnitt ansah und die Erörterung auf die Jahre 1982 bis 1990/91 konzentrierte. Auf den ersten Blick scheint dies problematisch zu sein. Hat doch Hans-Peter Schwarz zutreffend festgestellt: Während in anderen Politikfeldern »eine epochale Zweiteilung zu vermerken ist, weist Kohls Europapolitik, der von Anfang an sein Herz gehörte, eine durchgehende Geradlinigkeit auf«.¹ Indes, so unbestritten diese durchgehende Geradlinigkeit ist, so evident ist zugleich, dass die Europapolitik (wie auch die Politik in anderen Bereichen) nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, der Bipolarität und dann der Sowjetunion unter fundamental geänderten Bedingungen formuliert und verwirklicht werden musste bzw. muss. Die Machtverteilung und die Mächtebeziehungen im internationalen System haben sich 1990 revolutionär verändert. Nach der Zeitenwende, in der neuen Epoche, stand und steht Europa und die Europapolitik in ganz neuer Art vor der doppelten Herausforderung von Vertiefung und Erweiterung und darüber hinaus vor der Aufgabe, in einer neuen Weltordnung Europas Position, seine Beiträge und seine Rolle zu definieren – »Globalisierung« ist ein weiteres Stichwort. Rückblickend wird man vielleicht die Epoche der neunziger Jahre als »Übergangszeit« begreifen – als Übergang zu dem, was dann durch die große Ost-Erweiterung und durch den in Arbeit befindlichen Verfassungsvertrag bestimmt sein wird. Das Ergebnis wird eine Neue EU sein (so wie die erweiterte NATO eine Neue NATO ist bzw. sein wird). Ob die europäische Entwicklung zu einem »bewussten politischen Neugründungsakt« (Fischer) führt oder ob durch die »Methode Monnet« (die – wenn ich recht sehe – auch für die Europapolitik Helmut Kohls kennzeichnend

1 Hans-Peter SCHWARZ, »Die Ära Kohl«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.10.2002.

war) ihre Fortsetzung findet, ist meines Erachtens eine offene Frage. Ob mit der Neuen EU diejenige Vision Wirklichkeit werden wird, die Helmut Kohl in seiner Ära, ja, Zeit seines politischen Lebens bestimmt hat, ist ebenfalls ungewiss. Man wird freilich nicht unterstellen dürfen, dass diese Zukunftsaspekte der europäischen Integration, die aufgrund der jüngsten Entwicklung von Interesse sind, bereits in früheren Perioden als relevant angesehen wurden. Diejenigen Fragen, die bei der Erörterung der Europapolitik der Jahre 1982 bis 1990/91 – »von der ›Eurosklrose‹ zum Maastrichter Vertrag« – meines Erachtens besondere Beachtung verdienen, seien einleitend in sieben thesenartigen Punkten angedeutet.

Führung und Führungspersönlichkeit(en)

Als die Regierung Kohl 1982 ihr Amt antrat, war die Europäische Integration bereits dreißig Jahre alt, hatten sich feste Strukturen entwickelt, die – wie manche meinten – zu rigide waren. Diese Strukturen und die strukturellen Entwicklungsmöglichkeiten zu erforschen, ist sicher eine wichtige Aufgabe von Geschichts- und Politikwissenschaft. Ebenso wichtig ist jedoch die Berücksichtigung des Persönlichkeitsfaktors. Die Existenz von Führungspersönlichkeiten ist ein Schlüssel für das Verständnis der europäischen Integration, generell und speziell in den achtziger Jahren. Damit unterstelle ich natürlich nicht, dass das, was europapolitisch in der zu analysierenden Epoche erreicht wurde, das ausschließliche und unbedingte Werk der europäischen Führungspersönlichkeiten oder gar der herausragenden Führungspersönlichkeit Helmut Kohls war. Jedoch ist wohl unbestritten, dass Bundeskanzler Helmut Kohl ein großer Impulsgeber der europäischen Integration war zusammen mit Präsident Mitterrand und Jacques Delors. Entstand auf diese Weise so etwas wie eine informelle »gemeinsame Führung«? Und wenn ja, wie sah in konkreten Fällen der Anteil Helmut Kohls aus und wie ist seine Rolle zu erklären? Ein wichtiger erklärender Faktor war (neben dem Gewicht Deutschlands) Helmut Kohls feste europäische Grundeinstellung. Sein »politischer Kompass« war gewissermaßen auf Europa »geeicht«. Wenn Reichskanzler Bismarck einst (in einer Marginalie von 1876, die kürzlich Eckart Conze zitiert hat)² notierte: »Wer von Europa spricht, hat Unrecht«, so könnte man Bundeskanzler Kohl geradezu als Gegentypus zum Reichskanzler begreifen, obwohl beide Kanzler der deutschen Einheit waren. Man könnte – wenngleich spätere Historiker in den Archiven wohl kaum entsprechende Belege finden werden – dem Bundeskanzler das Diktum zuschreiben: »Wer von Europa spricht, hat recht.« Oder wohl besser: »Wer für Europa richtig handelt, hat Recht.«

² Eckart CONZE, »Wiener Ordnung. Das Europa Metternichs«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20.11.2002.

Richtungskontinuität

Die Orientierung der deutschen Politik an Europa, die für Helmut Kohl so charakteristisch war und ist, markierte freilich keine Abkehr von der Politik seiner Vorgänger im Bundeskanzleramt. Im Gegenteil: Die europapolitische Kontinuitätslinie, die bekanntlich bis zu Konrad Adenauer zurückreicht, verbindet auch die Politik der Regierung Kohl/Genscher mit derjenigen der Regierung Schmidt/Genscher, und zwar nicht nur aufgrund der personalen Kontinuität bei der Führung des Auswärtigen Amtes. Die beiden folgenden Referate befassen sich u. a. mit der Genscher-Colombo-Initiative von 1981 und der parallelen Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Hier tritt die Kontinuität in den Monaten vor und nach dem Regierungswechsel augenfällig zu Tage. Nahtlose Richtungskontinuität! Aber auch eine gewisse Neuerung in der Europapolitik ist zu vermerken: Während Bundeskanzler Schmidt – wie er einmal sagte – sich auf die deutsch-französischen Beziehungen konzentrierte und Genscher die multilaterale EG-Politik als »Spielwiese« überließ, machte Bundeskanzler Kohl, wie Eckart Gaddum gezeigt hat,³ die Europapolitik insgesamt (als Ganzes) zur Chefsache – in einem »Interessengleichklang zwischen Kanzler und Außenminister«. Das hat freilich taktische Meinungsverschiedenheiten keineswegs ausgeschlossen; die folgenden Referate belegen sie.

Führung und objektive Bedingungen

Selbstverständlich handelten Kohl und Genscher unter objektiven, vorgegebenen Optionen und Begrenzungen. In dem Referat von Andreas Wirsching werden die »strukturellen Zwänge«, die »funktionalen Zwänge« (oder wie immer man auch das nennen mag) stärker betont; im Referat von Ulrich Lappenküper mehr die politischen Akteure. Beide Sichtweisen sollten meines Erachtens als komplementär verstanden werden.

Kontinuität im Wandel durch aktive Anpassung

Wie ist die erwähnte Kontinuität der deutschen Europapolitik trotz des offenkundigen Wandels, generell und speziell diejenige der Regierung Kohl zu erklären? Wie ist Kontinuität im Wandel begrifflich zu fassen? »Aktive Anpassung« scheint mir der geeignete Begriff zu sein. Der Wandel wird mitgestaltet. Und diese aktive Anpassung verbindet dann Wandel mit Kontinuität, wenn die aktive Anpassung gemäß der bisherigen Grundrichtung erfolgt. Neue Fundamentalentscheidungen werden meistens durch »kleine Schritte« (eine Poli-

3 Eckart GADDUM, *Die deutsche Europapolitik in den 80er Jahren*, Paderborn u. a. 1994.

tik, zu der sich Helmut Kohl wiederholt bekannte) vorbereitet. Sie (die Fundamentalentscheidungen) müssen dann freilich getroffen werden, wobei die Wahl des richtigen Zeitpunkts von großer Bedeutung ist (was im Falle einer Beschleunigung des Wandlungsprozesses besonders schwierig ist). Die Implementierung der Fundamentalentscheidung erfolgt wieder schrittweise.⁴ Sowohl die aktive Anpassung als auch die Entscheidungsfindung sind meistens von Kompromissen begleitet – innenpolitisch in den Verhandlungen mit Koalitionspartnern, europapolitisch durch kompromisshaftes Aushandeln mit den EG-Partnern. Bundeskanzler Kohl hat sorgsam-klug auch die kleinen Partner und deren Interessen berücksichtigt und einbezogen in einem meisterlichen Aushandeln. Aber der Hauptverhandlungspartner war zweifelsohne Frankreich. Dass diese deutsch-französische Zusammenarbeit auch bei der Europapolitik nicht problemlos, häufig sogar konfliktreich war, zeigen die folgenden Referate, vor allem das von Hanns Jürgen Küsters.

Die Relation zwischen Europa- und USA-Politik

Bundeskanzler Kohl hat immer wieder (z. B. in seinem Gespräch mit dem stellvertretenden US-Außenminister Eagleburger am 30. Januar 1990)⁵ folgende Maxime betont: »Gerade angesichts der europäischen Integration, für die wir uns leidenschaftlich einsetzen, gebe es für uns nie das Entweder-oder, sondern nur das Sowohl-als-auch.« Indes, ein »Spagat« ist bekanntlich eine unbequeme Stellung und schwierig zudem. Hieß die Maxime nicht doch in Konfliktfällen (wie z. B. bei der strategischen Verteidigungsinitiative, SDI) »in dubio pro America«? Unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts war der an der Systemgrenze gelegene, höchst gefährdete Staat Bundesrepublik Deutschland vom Schutz der USA völlig abhängig, so dass im Zweifel die pro-amerikanische Maxime zwingend war. Gleichwohl hat Bundeskanzler Kohl eine energische Europapolitik betrieben. Überspitzt könnte man sagen: Erst durch die von der Regierung Kohl erreichte Wiederherstellung des Vertrauensverhältnisses zu den USA, durch die Verwirklichung des Nachrüstungsbeschlusses im Jahr 1982/83, war überhaupt eine erfolgreiche Europapolitik möglich. Freilich scheute sich Bundeskanzler Kohl nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und unmittelbar nach der Maastrichter Konferenz nicht, gegen amerikanischen Einspruch europapolitisch zu handeln, so z. B. bei der Vereinbarung mit Präsident Mitterrand in La Rochelle (1991), die militärische Zusammenarbeit mit Frankreich in Angriff zu nehmen (deutsch-französische Brigade als Kern des

4 Vgl. Amitai ETZIONI, *The Active Society*, London und New York 1968, S. 282ff.

5 Protokoll des Gesprächs abgedruckt in: *Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit*, bearb. von Hanns Jürgen KÜSTERS und Daniel HOFMANN, München 1998, Dok. 153, S. 739–743 (hier S. 743).

späteren Eurokorps). Auch Adenauer hatte ja den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag 1963 mit de Gaulle gegen den vehementen Widerstand der US-Regierung und der »Atlantiker« abgeschlossen. Seinerzeit hatten die »Atlantiker« in der CDU mit dem parteipolitischen Gegner, der SPD-Opposition, zusammengespield, um den Elysée-Vertrag zu verwässern. Adenauers Schicksal blieb Bundeskanzler Kohl erspart.

»Integratives Gleichgewicht« statt Hegemonie und Gleichgewicht

Bundeskanzler Kohl hat nachdrücklich die europäische Integration als Abkehr und Überwindung von Gleichgewichts- und Hegemoniepolitik bezeichnet. Generell ist in Deutschland eine pejorative Konnotation von »Gleichgewicht« vorhanden; sie wurde und wird offenbar von Helmut Kohl geteilt. Aber ist nicht auch in der europäischen Integration die Gleichgewichtsproblematik weiterhin existent? Gleichgewicht zur Verhinderung der Hegemonie eines europäischen Staates, vor allem Deutschlands! Die Verhandlungen und der Vertrag von Nizza sind ein vortreffliches Anschauungsbeispiel dafür. »Integratives Gleichgewicht« wäre m.E. eine zutreffende Bezeichnung der Innovation, die »Europäische Integration« genannt wird; gleichgewichtige Integration oder integratives Gleichgewicht!⁶ Die Europäische Währungsunion ist geradezu das Paradebeispiel für eine derartige Politik, nämlich einer Politik zur Verhinderung einer währungspolitischen Hegemonie Deutschlands. Im deutschen Interesse lag dies insofern, als damit eine europäische Gegenmachtbildung gegen Deutschland verhindert, ihr vorgebeugt wurde. War das nicht auch eine der Motivationen Helmut Kohls? Wie anders wäre denn sonst die (leicht missverständliche) Bemerkung des Bundeskanzlers zu US-Außenminister Baker am 12. Dezember 1989 zu verstehen, er habe den Entschluss zur Währungsunion »gegen deutsche Interessen getroffen«; beispielsweise sei der Präsident der Bundesbank gegen die von ihm eingeleitete Entwicklung. »Aber der Schritt sei politisch wichtig, denn Deutschland brauche Freunde«.⁷ Nur am Rande sei erwähnt, dass durch die Europäische Währungsunion auch und nicht zuletzt eine Balance gegenüber dem Dollar, also ein währungspolitisches kooperatives Gleichgewicht, geschaffen werden sollte. Auch deutscherseits wurde das schon 1988 ausdrücklich formuliert, nämlich im Memorandum Außenminister Genschers vom 26. Februar.⁸

6 Siehe u. a. Werner LINK, *Die Entwicklungstendenzen der Europäischen Integration (EG/EU) und die neo-realistische Theorie*, in: *Zeitschrift für Politik*, 48 (2001), S. 302–321.

7 Protokoll (wie Anm. 5), S. 636–641 (hier S. 638).

8 Memorandum für die Schaffung eines europäischen Währungsraumes und einer Europäischen Zentralbank vom 26.2.1988, in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 15, März 1988.

Das Problem der »Irreversibilität«

Unumkehrbarkeit, Irreversibilität, war ein Schlüsselbegriff der Europapolitik Helmut Kohls, auf den auch Andreas Wirsching in seinem Referat eingeht. Immer wieder, insbesondere im Zusammenhang mit Maastricht und der EWU, hat der Kanzler hervorgehoben, es gehe darum, die Europäische Einigung »unumkehrbar«, »irreversibel« zu machen. Ist die europäische Einigung in der Ära Kohl unumkehrbar gemacht worden? Gibt es überhaupt so etwas wie Unumkehrbarkeit in der Geschichte? Hat nicht der Zusammenbruch des Warschauer Paktes und der Sowjetunion – wie schon vorher der Zusammenbruch der großen Reiche – gezeigt, dass das, was zusammengefügt wurde, auch wieder zerfallen kann? Wird die erweiterte EU die großen, vielfältigen Heterogenitäten (die bei einem Beitritt der Türkei ins Extrem gesteigert würden) aushalten oder zumindest in verträglicher Weise mildern können? Wie wird sich die nach dem 11. September 2001 neu entstehende Weltordnung auf Europa auswirken? Fragen über Fragen! So geradlinig die Europapolitik in der Ära Kohl war, ob auch die weitere Entwicklung der EU und der europäischen Integration »irreversibel« sein wird, wird erst in späterer Zukunft von der Geschichte beantwortet werden. Die folgenden Referate und der Diskussionsbeitrag von Helmut Kohl haben vielleicht deshalb einen besonderen kenntnis- und erkenntnisfördernden Reiz und Stellenwert, weil sie Fragen und Antworten am Ende einer »Übergangszeit« (im einleitend skizzierten Sinne) und zu Beginn einer neuen europa- und weltpolitischen Ära formulieren.